

VORWORT

„Es gibt nichts Schöneres, als ein Bürger zu sein“, sagte Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Antrittsbesuch in Rheinland-Pfalz zu Jugendlichen. Er ermuntert sie. „Ein Bürger zu sein heißt nicht nur, Konsument zu sein“, sondern seiner Überzeugung nach auch, „wählen zu dürfen, mitzuentcheiden, wichtig zu sein als Bürger, Parteimitglied, Gewerkschafter oder Unternehmer.“ Und: „Ihr könnt eine Zuschauergesellschaft haben, oder sie mitgestalten.“

Immer weniger Jugendliche in Deutschland interessieren sich angeblich für Politik. Seit mehr als zehn Jahren hält dieser Rückgang schon an, wie Umfragen ergeben. Also tatsächlich null Bock auf Politik? Wächst hier etwa eine Generation heran, die unpolitisch und uninteressiert, wenig engagiert und eigenbrötlerisch wird? Der Schein trügt.

Viele junge Menschen fühlen sich nicht von der Politik angesprochen und von Politikerinnen und Politikern nicht ernst genommen und nicht verstanden. Sie können mit den etablierten Parteien und ihren schwammigen Programmen, mit ihren Floskeln und verschwommenen Aussagen und den komplizierten, allzu oft unzureichend erklärten Sachverhalten nichts anfangen. Politik ist für sie ein Buch mit sieben Siegeln. Dabei ist das grundsätzliche Interesse

selbstverständlich vorhanden, nur gedeiht es im Privaten, im Verborgenen. Es muss lediglich geweckt und täglich aufs Neue erarbeitet werden. Die Politik und die Parteien haben hier eine Bringschuld, denn eines steht unveränderlich fest: Die Jungen von heute werden die Politiker von morgen sein. Wie gut und engagiert, wie informiert und kreativ sie sein werden, steht in direktem Zusammenhang damit, wie die Politik sie einbindet und welche Möglichkeiten sie erhalten, Verantwortung zu übernehmen.

Tatsächlich zeigen Untersuchungen, dass Jugendliche nicht trotz, sondern auch wegen des Internets, wegen Facebook, Twitter und anderer sozialer Netzwerke gerne mitmachen und mitentscheiden würden. Sie wissen nur nicht so recht, wie und wo. Die Piratenpartei hat es vorgemacht, wie eine Mischung aus direkter und indirekter demokratischer Beteiligung in der Politik aussehen könnte. Dort heißt es Liquid Democracy, bei der FDP New Democracy. Inzwischen sind alle anderen Parteien auf der Suche nach neuen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.

In diesem Band erzählen Politikerinnen und Politiker unterschiedlichster Parteien und von Jung bis Alt, aktiv oder schon außer Dienst, warum und wie sie in die Politik gekommen sind. Ihr Werdegang war unterschiedlich und oft überraschend. Bei den meisten war es aber letztlich der Wunsch, aktiv zu gestalten und nicht nur über Notwendiges zu reden oder ständig nur zu kritisieren. Sie wollten die Sache selbst in die Hand nehmen, selbst verändern, Ideen umsetzen, verbessern.

In den vielen Gesprächen wurde klar: Politik ist nicht nur wichtig für das Funktionieren der Demokratie, sondern bietet auch ein interessantes Berufsfeld, zwar ziemlich anstrengend, macht aber auch Spaß und verschafft Befriedigung. Politik ist für den Menschen da, nicht umgekehrt. Das ist wohl ein Grundsatz, den manche im Laufe eines politischen Lebens und im Kampf um Macht und Mehrheiten vergessen. Letztlich macht dieses Buch hier auch deutlich, dass Politiker Menschen sind wie du und ich, mit ihren Schwächen und Stärken, ihren Vorlieben und Antipathien.

Politik ist allerdings anstrengend und setzt eine gewisse Informiertheit voraus. Das scheint viele abzuschrecken. So überlassen sie es dann doch lieber anderen. Dass sie selbst diese anderen sein können, muss ihnen erst bewusst gemacht werden. Oft ist das Elternhaus oder die Schule Auslöser für die Entscheidung, oder ein besonderer Anlass. Wo im Elternhaus auch politisiert oder über Geschichte, Zeitgeschichte und Aktuelles diskutiert wird, ist die Bereitschaft, sich selbst zu engagieren und in die Politik zu gehen, wesentlich höher als anderswo. Wo diese Grundbereitschaft parallel dazu in der Schule durch entsprechenden Unterricht begleitet wird, kann das gefördert werden. Den jungen Leuten rufen die Interviewten zu: Engagiert euch, mischt euch ein, bringt euch ein. Ihr seid die Politikerinnen und Politiker von morgen!

Sie reden in diesem Buch über schöne und angenehme Seiten, spannende Entwicklungen, an denen sie beteiligt waren, aber auch über Niederlagen und politische Katastrophen, schilderten witzige und peinliche Begebenheiten, Ungerechtigkeiten, Überraschendes, positive und negative Wendepunkte, offenbarten Dummheiten und sprachen über glückliche Umstände, rührende Momente und beeindruckende Begegnungen. Sie kritisierten, analysierten und gingen rückblickend manches Mal ziemlich hart mit Kollegen und Entscheidungen ins Gericht. Doch ihnen allen ist eines gemeinsam: Sie sind oder waren gerne PolitikerIn mit Leib und Seele.

Jürgen Rahmig im Januar 2013

**„ICH HABE VIEL
WICHTIGES MITGE-
STALTEN KÖNNEN,
DAS WAR EINE
GROSSARTIGE
CHANCE“**

HERTA DÄUBLER-GMELIN
(SPD)
ehemalige Bundesjustizministerin



PORTRÄT

- Geboren 1943 in Bratislava (Slowakei)
- nach dem Abitur 1962 Jurastudium in Tübingen und Berlin
- SPD-Mitglied seit 1965
- 1969 erstes, 1974 zweites juristisches Staatsexamen; Promotion zum Dr. jur.
- 1969 bis 1972 Gerichtsreferendarin in Tübingen
- 1970 bis 1972 Vorsitzende des SPD-Kreisverbands Tübingen
- 1970 bis 1976 Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Baden-Württemberg
- 1972 bis 2009 Abgeordnete des Bundestages
- 1980 bis 1983 Vorsitzende des Rechtsausschusses
- 1983 bis 1993 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
- 1988 bis 1998 stv. Bundesvorsitzende der SPD
- 1998 bis 2002 Bundesministerin der Justiz
- 2002 bis 2005 Vorsitzende des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
- 2005 bis 2009 Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- 2008 bis 2009 Vorsitzende des Rechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung im Europarat

Ereignisse im Kalten Krieg wie der Volksaufstand im Jahr 1956 in Ungarn haben Herta Däubler-Gmelin als Teenager tief beeindruckt. Damals war ja ständig die Rede davon, dass man den Kommunismus selbstverständlich bekämpfen und den unterjochten Menschen zur Freiheit verhelfen müsse. Und dann die Realität: dieses hilflose Ausgeliefertsein insbesondere der jungen mutigen Leute, die in Ungarn mit dem Ruf nach Freiheit auf die Straße gegangen sind und dann von sowjetischen Panzern zusammengeschossen wurden. „Ich sehe mich heute noch, 1956 war ich 13, am Radio hängen und die verzweifelten Hilferufe hören. Das hat mich tief beeindruckt und natürlich auch verbittert, weil eben niemand geholfen hat oder helfen konnte. Später habe ich dann auch Flüchtlinge aus Ungarn und deren Schicksale kennengelernt. Seit jener Zeit kenne ich den Unterschied zwischen politischer Menschenrechts- und Freiheitsrhetorik und verantwortungsvoller Hilfe.“ Herta Däubler-Gmelin ist in der slowakischen Hauptstadt Bratislava geboren worden; auch das erklärt ihr besonderes Interesse für den Donaauraum.



Ein fröhliches Kind. Die neun-jährige Herta im Jahr 1952.

„Die Familie meines Vaters kommt aus dem Schwäbischen, aus dem Tübinger Raum; sie ist dort seit Jahrhunderten alteingesessen, aber mein Vater war von 1940 bis 1944 als junger Diplomat an der deutschen Gesandtschaft in Bratislava (Preßburg) tätig.“ In dieser Zeit wurde sie dort geboren. „Natürlich habe ich davon selbst nichts mitbekommen“, sagt sie, „aber das Zusammenleben der vielen unterschiedlichen Ethnien in der Donaumonarchie und deren Zerbrechen hat mich schon als Jugendliche fasziniert; die Romane von Joseph Roth über die Endzeit im Habsburger Reich und insbesondere auch die Musik Gustav Mahlers gehören dazu.“

In der Zeit des Kalten Krieges aufgewachsen, hat sie sich früh mit der NS-Vergangenheit Deutschlands beschäftigt und darüber aufgeregt, wie schwer es in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auch im Westdeutschland der 50er-Jahre war, grundlegende Änderungen durchzusetzen. „Mich hat damals empört, dass Nazi-Opfer in jener Anfangszeit auch vor bundesdeutschen Gerichten ihr Recht nicht bekommen haben, sondern dass Viele aus den alten Eliten in der Haltung ihrer NS-Vergangenheit verharrten“, sagt sie noch heute, „auch wenn ich froh bin, dass ich nicht in einer Zeit der Diktatur aufwachsen musste, sondern im Prinzip lernen und lesen konnte, was mir interessant und wichtig erschien.“

Sie fragte sich früh, „wie ist das eigentlich, wenn einem da ein System aufgepfropft wird, das man selber nicht mitgestalten kann“. Die Menschen in den ost- und mitteleuropäischen Staaten interessierten sie, die sich ja längst hinter dem Eisernen Vorhang befanden, wo die Sowjetunion kommunistische Diktaturen installiert hatte. Dieses Interesse und die aufkommenden Fragen nach dem Wieso und Warum des Kalten Krieges und seiner Gefahren verbanden sich mit dem starken Interesse für Geschichte und die heutige Staatsbürgerkunde in der Schule. „Ich habe sehr viel gelesen.“ Ihr Großvater hatte einige Jahrzehnte zuvor die bekannte Tübinger Buchhandlung Osiander übernommen. „Da hatte ich natürlich jede Möglichkeit, zu schmökern und viel zu lesen, und die habe ich sehr gerne genutzt.“

Herta Däubler-Gmelins Vater Hans Gmelin wurde 1954 mit breiter Mehrheit zum Oberbürgermeister von Tübingen gewählt. Er amtierte bis 1974. „Als Oberbürgermeister hier in Tübingen besichtigte er beinahe jeden Sonntag die städtischen Baustellen. Er ging ungern allein und hat uns Kinder deshalb immer gefragt, wer ihn begleiten wolle. Meine Geschwister taten das nicht gern, ich schon. Mich hat das interessiert und ich ging gern mit; seit dieser Zeit kenne ich buchstäblich alle Gasmuffen von Tübingen persönlich“, sagt sie und lacht. „Da alle Leute wussten, dass der OB sonntags immer einen Spaziergang zu den Baustellen machte, wurde er dort häufig von Bürgern erwartet; die haben ihn dann auf alles angesprochen, was sie bewegte, meist mit den Worten: ‚Hören Sie mal, da stimmt was nicht und hier ist was nicht in Ordnung‘. Ich fand es total spannend, dass mein Vater ihnen entweder gleich in

der Sache Auskunft geben konnte oder sie dann gebeten hat, in die nächste seiner regelmäßigen Sprechstunden zu kommen. Ich bekam dann den Auftrag, den Namen und den Termin aufzuschreiben – und natürlich hat mein Vater sich dann auch um die Erledigung der Anliegen gekümmert.“

Sie war als engagierte Schülerin auch Klassensprecherin am Wildermuth-Gymnasium und hat in der Redaktion der Schülerzeitung mitgearbeitet, „die wir origineller Weise UKW genannt haben, weil das eine gemeinsame Schülerzeitung für das Uhland-, das Wildermuth- und das Kepler-Gymnasium in Tübingen war. Damals hatte dieser Name auch noch einen richtig modernistischen Touch“. An ihre Schulzeit erinnert sie sich sehr gern und amüsiert sich heute noch über die damals restriktive Rollenerwartung an Mädchen: „In der damaligen Zeit gab es klare Regelungen darüber, was sich angeblich gehörte und was nicht. Stöckelschuhe und Hosen waren total out und Rauchen kam sowieso nicht in Frage. Das haben wir uns natürlich nicht gefallen lassen und deswegen sogar ganz idiotische Aktionen unternommen, z. B. als Schülervertretung für eine Raucherecke gekämpft. Erfolgreich. Heute ist die Gott sei Dank längst wieder abgeschafft.“

Nach dem Abitur stellte sie sich die Frage, was sie studieren wollte. „Damals habe ich noch gegen die Auffassung angehen müssen, ‚a Mädle heiratet doch, die braucht net studieren‘. Das hat mich geärgert. Meine Mutter hat diese Auffassung glücklicherweise nie geteilt. Sie hat vielmehr sehr darauf geachtet, dass ihre drei Töchter die gleichen Bildungschancen hatten wie ihr Sohn. Meinen Vater musste sie überzeugen; der war damals eher konservativ und traditionell. Das hat er später aber überwunden. Ich habe durchaus davon profitiert, dass ich zwei ältere Geschwister habe. Als drittes von vier Kindern kann man da auf die Vorarbeit der älteren zurückgreifen.“

Herta Däubler-Gmelin erkundigte sich nach dem Abitur zunächst an der Tübinger Uni über Studieninhalte und Chancen ihrer Lieblingsfächer Geschichte und Politikwissenschaften. Daneben wollte sie auch herausfinden, wie das mit Jura ist. „Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes hat in einer Vorlesung darüber berichtet, was von jungen Diplomaten erwartet wird und welche Berufschancen

das Außenministerium bietet. Natürlich habe ich mich gemeldet, vorwiegend wie ich war, und nach den Chancen für Frauen gefragt, worauf der Vortragende Legationsrat Erster Klasse mir antwortete, - und das habe ich nie vergessen - ‚werden Sie Erzieherin, wir stellen keine Frauen ein‘. Das hat mich so geärgert, dass ich dann natürlich Jura studiert und damals ernsthaft zu arbeiten begonnen habe, um die Chancen und Rechte von Frauen stärker nach vorne zu bringen.“

War das der einzige Grund für das Jura-Studium? „Nein. Ich habe mich sehr für Geschichte interessiert und, wie schon erwähnt, für Staatswissenschaften. Deshalb habe ich neben Jura auch diese Fächer zu studieren begonnen. Allerdings war mir nach einer langen Unterredung mit meinem Vater am Ende des zweiten Semesters schnell klar, dass berufliche Perspektiven für weibliche Politikwissenschaftler und Historiker sehr rar gesät waren. Deshalb habe ich dann Jura als Hauptfach weiterstudiert, zumal ja ein Jura-Examen einem viele Möglichkeiten eröffnet.“ Sie begann in Tübingen, zog dann aber rasch nach Berlin. „Da war politisch am meisten los. Ich bin 1962 im Wintersemester nach Berlin gegangen und fand die Stadt faszinierend. Das gilt bis heute.“

Damals hatte sie noch einen weiteren Grund: „In Berlin war nach dem Krieg die Freie Universität gegründet worden, als selbst verwaltete Stiftungsuniversität. Auch die Studierenden konnten drittelparitätisch mitbestimmen. Das fand ich spannend. Nach meiner Immatrikulation an der Freien Universität ging ich denn auch gleich in den AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss) und erklärte denen, zu deren erheblichem Erstaunen: ‚So hier bin ich, was kann ich machen, wo kann ich anfangen?‘ Natürlich haben die sich totgelacht über eine 18-jährige Schwäbin, die neu nach Berlin gekommen war und offensichtlich meinte, die Welt könne nicht ohne sie existieren. Aber, und das rechne ich ihnen noch heute hoch an, sie haben mir keineswegs die kalte Schulter gezeigt, sondern gesagt, ‚einverstanden, warum nicht, komm, wir brauchen gerade

**„ICH HABE HÄUFIG
FESTGESTELLT,
WIE SCHNELL EINE
MACHTPOSITION
MENSCHEN
VERÄNDERT“**

jemand für das Sozialreferat'. So kam es dann, dass ich schon am nächsten Tag als kommissarische Leiterin einer großen Behörde mit mehr als 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Verantwortung für die ordnungsgemäße Auszahlung von ca. 3000 Stipendien, für viele Wohnheime und eine riesige Mensa war. Das war viel Arbeit, mir wurde sehr schnell klar, was ich alles zu lernen hatte. Und ohne die tollen Mitarbeiter wäre das auch unverantwortlich gewesen. Ich habe dann für den nächsten Konvent, so hieß das dortige Studentenparlament, kandidiert, bin gewählt worden und habe das Sozialreferat dann auch regulär übernommen.“

Parteipolitisch orientiert war sie zunächst weniger, ihr ging es einfach darum, sich sinnvoll zu engagieren. „Damals bin ich in die Gewerkschaft eingetreten und in die Humanistische Union (HU); später gehörte ich zur Gründungsgeneration des Republikanischen Klubs in Berlin.“ In jener Zeit ist bekanntlich auch die Auseinandersetzung mit der Berliner und der Bonner Politik gewachsen. „Ich habe mich zur Außerparlamentarischen Opposition gezählt, bin aber bald immer stärker zu der Überzeugung gekommen, dass die Entscheidungsträger im Bundestag mit beeinflusst werden müssen, wenn man politische Veränderungen will. Als ich dann mit 21 Jahren volljährig war, bin ich in die SPD eingetreten, die mich nach einem Jahr Wartezeit schließlich auch aufgenommen hat. Auch heute halte ich die Verbindung von Mitgliedschaft in einer Partei und Arbeit in Nichtregierungsorganisationen für besonders wichtig und finde es schade, dass das bis heute noch nicht genügend gewürdigt wird. Meinen holprigen Parteieintritt damals finde ich noch heute sehr lustig: Wie gesagt, bin ich am 12. August 1964 in die Berliner SPD-Geschäftsstelle gegangen und wollte meinen Aufnahmeschein abgeben. Wahrscheinlich wollten die damals Studenten nicht so gern, deshalb haben sie mich zunächst wieder weggeschickt und erklärt, sie müssten den Antrag bearbeiten. Dann geschah einfach nichts. Nach einem Dreivierteljahr bin ich 1965 nochmals hin und habe denen gesagt, ‚entweder ich gehe mit dem Parteibuch hier raus, oder das war’s mit meiner Mitgliedschaft‘. Daraufhin haben sie mir das Parteibuch sofort ausgehändigt und mich umgehend zur Kassiererin meiner Abteilung, also des Ortsvereins, gemacht. Sie wollten wohl sehen, ob ich wirklich mitarbeiten will.“ Damals hatte ein Kassierer die Verpflichtung, jedes Mitglied einmal im Monat zu besuchen, um die Beiträge zu kassieren und um den Kontakt zu halten. „Meine Ab-

teilung war die VII/Neukölln.“ Frau Däubler-Gmelin weiß das heute noch ganz genau, weil dieses alte Verfahren ihr sehr eingeleuchtet hat. „Ich fand das gut und habe die Mitglieder sehr gerne besucht, um mit ihnen zu besprechen, was sie an der Politik gut und was weniger gut fanden. So etwas schafft Verständnis und gibt Mandats- und Funktionsträgern die nötige Bodenhaftung. Damals habe ich auch verstanden, wie man Willy Brandts Politikauffassung praktisch umsetzen kann, dass nämlich Politik nur dann gut sei, wenn man jeden Tag die Lage bedrängter Mitmenschen wenigstens ein kleines Stück verbessere. Mir hat an Willy Brandt genau dessen Verbindung seiner Vision von einer gerechteren Welt und auch der Überwindung des Kalten Krieges in Berlin, Deutschland, Europa und in der Welt mit dem Blick auf die täglichen Sorgen der Menschen und der Verpflichtung zur Veränderung sehr fasziniert. Das gilt bis heute.“ Die Politik des Berliner Senats in der Mitte der 60er-Jahre hat sie allerdings nicht beeindruckt; Willy Brandt war ja 1965, im Jahr ihres Parteieintritts, nach Bonn gegangen und 1966 als Außenminister in die große Koalition von CDU und SPD auf Bundesebene eingetreten. In Berlin erlebte Frau Däubler-Gmelin dann aus nächster Nähe die mehr als problematische Politik des Berliner Senats, etwa während des Schah-Besuchs, die bekanntlich mit der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch den Berliner Polizisten Kurras endete. „Das war eine schwierige Zeit; die ungerechte Vorgehensweise hat viel zu dem Erstarken der Studentenproteste in Berlin und zur Entstehung der 68er-Unruhen beigetragen.“

1969 heiratete sie nach ihrem ersten Jura-Examen Wolfgang Däubler, Arbeitsrechtler an der Universität Tübingen. „Meine Referendarzeit im Bereich des OLG Stuttgart hat mich allerdings nicht ausgelastet. Deshalb habe ich mich aktiv in der Tübinger SPD und auf der Landesebene in Baden-Württemberg engagiert. Dazu gehörte die Funktion der Kreisvorsitzenden in Tübingen; außerdem habe ich die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen auf Landesebene mit nach vorne gebracht. Uns Jungen ging es damals auch darum, die wieder stärker auftrumpfenden Rechtsextremen zurückzudrängen. Was die SPD als Partei angeht, so mussten wir damals am Ende der 60er-Jahre schon einmal eine Menge verkrusteter Strukturen aufbrechen. Das haben wir damals im ‚Tübinger Kreis‘ sehr erfolgreich versucht. Damals haben sich viele, meist jüngere SPD-Mitglieder zusammengetan, um mehr Transparenz und

„HEUTE ALLERDINGS SOLLTE DIE NÄCHSTE GENERATION DER JUNGEN AUCH WIEDER ANFANGEN, DIE HEUTIGEN VERKRUSTUNGEN AUFZUBRECHEN“

Partizipation in die Entscheidungsabläufe der SPD 'rein zu bekommen. Das hat die SPD-Politik der folgenden Jahre geprägt und war sehr erfolgreich; heute allerdings sollte die nächste Generation der Jungen auch wieder anfangen, die heutigen Verkrustungen aufzubrechen.“

Eines ihrer Vorhaben damals zusammen mit anderen jüngeren Frauen war, den Anteil der Frauen in den Anfang der 70er-Jahre anstehenden Gemeinderatswahlen zu verdoppeln. „Das haben wir lässig geschafft, weil wir uns zusammengetan und beschlossen haben, es allen mal zu zeigen. Natürlich hat

uns das einen Heidenspaß gemacht. Wir haben ein Jahr lang in Wochenendseminaren zusammengearbeitet – mit immer neuen interessierten Frauen, die lernen wollten, frei zu reden, Haushaltspläne zu verstehen und aufzustellen und andere wichtige Dinge, die man so braucht. Noch heute gehören viele Frauen aus jener Zeit zu meinen Freundinnen.“

Neben diesen Aktivitäten hatte sie für das Jahr 1972 nach Abschluss der Referendarzeit ihr erstes Kind, das zweite Jura-Examen und das Rigorosum für ihre juristische Promotion geplant. Die 1972 um ein Jahr vorgezogenen Bundestagswahlen haben diese Planung jedoch gründlich durcheinander geworfen. Bekanntlich kam es im April 1972 zum konstruktiven Misstrauensvotum der damaligen CDU/CSU-Opposition; das scheiterte zwar knapp, aber die SPD/FDP-Regierung verfügte über keine sichere Mehrheit, nachdem vor allem wegen der Ostpolitik von Willy Brandt einige Koalitions-Politiker zur Opposition gewechselt waren und ihr Mandat mitgenommen hatten. Es gab Neuwahlen und die brachten im November 1972 der SPD den größten Wahlerfolg ihrer Geschichte. Die Wahlbeteiligung lag bei heute kaum noch vorstellbaren 91,1 Prozent. Das gab es vorher und bis heute nicht mehr bei Bundestagswahlen.

„Eine Kandidatur für den Bundestag war damals mit meiner Lebensplanung nicht verbunden, zumal noch nicht klar war, an welcher Universität mein Mann landen würde; außerdem wollte ich zunächst einige Zeit mit unserem Kind verbringen, das im August 1972 geboren wurde“, sagt Herta Däubler-Gmelin. Dann kam alles anders: Freunde aus dem damaligen Ostalbkreis suchten nach einem Kandidaten oder einer Kandidatin und fragten an, ob sie nicht Interesse habe. Die Aussicht faszinierte sie und sie ließ sich schnell überreden. „Außer mir kandidierten weitere fünf Bewerber, alles in der SPD aktive und bekannte Männer. Die musste ich aus dem Rennen werfen. Bei einigen, mit denen ich befreundet war, hat mir das durchaus leid getan. Auf dem folgenden Landesparteitag bekam ich einen akzeptablen Platz auf der Landesliste, und so bin ich 1972 im Bundestag gelandet. Allerdings mussten Rigorosum und zweites Jura-Examen zunächst einmal warten.“ Wegen des Babys hatte sie sich im Vorfeld der Entscheidung mit ihren Eltern und ihrem Mann zusammengesetzt und „wir haben dann eine annehmbare Lösung gefunden. Meine Mutter und mein Vater haben uns angeboten, zusammen in einem Haus mit uns eine richtige Mehrgenerationenfamilie zu bilden. Das war großartig. Da mein Mann und ich gut verdienten, konnten wir genügend Hilfspersonen anstellen. Aber klar ist: Meiner Mutter verdanke ich sehr viel, ohne sie wäre es nicht gegangen. Sie hat dafür gesorgt, dass es meinen Kindern auch in meiner Abwesenheit an nichts fehlte. Insgesamt hatte ich es viel leichter und besser, als andere berufstätige Frauen. Das war ein großes Glück und ein riesiges Privileg; dafür bin ich heute noch dankbar“.

Ihre ständige Mehrfachbelastung bejaht sie noch heute. „Für mich als Politikerin war es immer besonders wichtig, eine stabile Familie und einen Beruf zu haben, in den ich gerne zurückgehen kann. Das bedeutet sehr viel Arbeit und jahrelang keinerlei Zeit für sich selbst, aber es ist wichtig. In der Politik geht es ja nicht immer nur aufwärts, das habe auch ich zur Genüge erfahren. Wer so unabhängig sein will, wie ich das wollte und gerade für Politiker für wesentlich halte, muss diese stabile Verankerung haben.“ Deshalb hat sie als Bundestagsabgeordnete natürlich das zweite Jura-Examen und ihre Promotion fertiggestellt und wurde als Anwältin zugelassen. Als die Kinder größer waren, ist sie ab Anfang der 90er-Jahre zwischen Politik, Rechtsanwaltspraxis und Wissenschaft hin- und hergependelt.

Herta Däubler-Gmelin blickt heute insgesamt zufrieden zurück. „Ich habe viel Wichtiges mitgestalten können, das war eine großartige Chance. Natürlich muss man als Mitglied in einer großen Organisation wie der SPD auch Kompromisse machen. Die sind nicht immer leicht und nicht immer schön, jedenfalls nicht für Leute, die ihren Verstand nicht am Eingang zum Parteibüro abgeben wollen. Aber man muss auch Nein sagen können, wenn eine politische Gruppe zu weit geht oder Unsinn beschließt. Auch das ist wichtig und setzt Unabhängigkeit voraus.“ Für besonders wichtig hält sie die Verbesserungen im Bereich der Gleichstellung von Frauen und von Minderheiten.

„Die politische Durchsetzung von Frauenrechten ist nicht immer leicht“, so Herta Däubler-Gmelin stark untertreibend im Rückblick. Sie hat da ihre Erfahrungen gemacht, durchaus nicht immer freundliche. „Wer für leistungsfähige Gleichstellungsstellen in Bund, Ländern und Gemeinden und für die Frauenquote eintrat, stieß damals auf erbitterten Widerstand; heute ist das trotz einiger Nachhutgefechte leichter geworden.“ Sie hat mitgeholfen, die Quote in der SPD mehrheitsfähig zu machen, aber das hat ihr auch viele Feinde eingebracht. „Selbstverständlich ist es einfacher, sich den Wünschen der jeweiligen Mehrheit anzupassen. Wer verändern will, wer insbesondere als Frauenbeauftragte männlichen Kollegen in Machtpositionen immer wieder auf die Zehen treten und sie Tag für Tag bei jeder Entscheidung daran erinnern muss, die Frauen nicht zu vergessen, Funktionen und Posten nicht nur mit Männern zu besetzen und keine Expertengremien ohne angemessene Zahl von Frauen zu bilden, der machte sich nicht gerade beliebt. Auch mir sind deshalb viele Steine in den Weg gelegt worden, zumal der Appell an den guten Willen oder die sozialdemokratische Überzeugung, dass Frauen auch Menschen sind, nicht immer weiterführte.“ Natürlich hat sie immer wieder argumentiert, dass es keinerlei Grund „für die Annahme (gebe), dass Frauen dümmer oder weniger politisch seien als Männer. Sie haben nur andere Rollen in der Gesellschaft zugewiesen bekommen und deshalb einen anderen Erfahrungsbereich. Es ist wichtig, diese Erfahrungen in die Politik einzubringen. Das macht sie menschlicher. Männer sind seit Jahrtausenden gewöhnt, Machtpositionen inne zu haben. Die wollen sie freiwillig natürlich nicht abgeben“. Weil eben Überzeugungsarbeit in diesem Bereich nur begrenzt wirksam war, hätten

sie und die Mitstreiterinnen ihrer Generation die Quote als „Krücke durchgesetzt, damit wir es noch erleben, dass Eignung und Persönlichkeit, nicht aber das Geschlecht über die Besetzung einer Position entscheiden“.

Dabei glaubt Herta Däubler-Gmelin keineswegs, „dass Frauen bessere Menschen sind, aber ihre spezifischen Erfahrungsbereiche gehören in die Politik, damit die mehr Bodenhaftung bekommt und sich danach ausrichtet, was Menschen brauchen“. In den letzten Jahrzehnten sei es jedoch gelungen, die Lage der Frauen erheblich zu verbessern. „Junge Frauen heute haben es in vielen Bereichen leichter, im Übrigen aber andere Probleme als wir damals. Heute gibt es Stipendien, heute besteht Rechtsgleichheit, heute haben sie gleiche Chancen in der Ausbildung. Auf anderen Feldern, z. B. in wirtschaftlichen Spitzenpositionen allerdings funktionieren die Männerbünde und die exklusiven Männernetzwerke auch heute noch prima. Das muss sich ändern. Manche jungen Frauen meinen auch heute noch, sie bräuchten keine Quote, weil sie es leichter alleine schaffen könnten. Einigen gelingt das auch, wenn – wie bei mir am Anfang meiner politischen Arbeit – günstige Umstände das erleichtern. Im Alltagsleben sind es jedoch auch heute die Frauen, die für ihre Familie und Kinder auf berufliche Chancen und Aufstieg verzichten. Arbeitgeber und Gesellschaft erwarten das immer noch so. Hier ist noch eine Menge zu tun, aber die nächste Generation kann auf dem aufbauen, was wir erreicht haben, so wie wir auf den Aktivitäten und Erfolgen der Generation meiner Mutter.“

Politik und Macht gehören zusammen. „Viele in der Politik, aber auch in der Öffentlichkeit übersehen völlig, dass nur wenige Politiker wirkliche Machtpositionen innehaben“, meint sie. Das gilt für beide Geschlechter. „Die wichtige Arbeit von Ehrenamtlichen und von Berufspolitikern, die heute viel zu wenig anerkannt wird, besteht im Übrigen darin, Ideen aufzunehmen, Ideen zu entwickeln und zu prüfen, Kontakte zur Zivilgesellschaft zu pflegen, Verbindung

„SELBSTVERSTÄNDLICH IST ES EINFACHER, SICH DEN WÜNSCHEN DER JEWEILIGEN MEHRHEIT ANZUPASSEN“

zwischen Bevölkerung und Parlament zu sein, kurz demokratische Partizipation und Kreativität zu fördern. Natürlich ist es angenehm, als Ministerin etwas anordnen zu können, allerdings muss man dann schon genau wissen, was man will und wie ein Ministerium funktioniert“, sagt die frühere Bundesjustizministerin. „Aber etwas anzuordnen, heißt noch nicht, dass das auch so funktioniert. Dazu muss man dann noch eine Menge Leute überzeugen: Experten, Abgeordnete, Mitglieder der Regierung und viele andere. Und man muss gegen die immer stärker werdende Lobby ankämpfen. Auch deshalb ist es gut, wenn Minister ihr Fach beherrschen. Mir hat das bei meinen zahlreichen Reformen sehr geholfen.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel kritisiert sie in Teilbereichen: „Sie ist eine eindrucksvolle Machtpolitikerin und spielt perfekt auf dem Klavier der Macht. Das hat sie wohl früh gelernt und dann unter Kohl so richtig vervollkommen. Ihre Sachpolitik allerdings halte ich in vielen Fällen für schädlich. Das gilt für das Hin- und Her in der Energiepolitik, aber auch aktuell für ihre Europapolitik. Mich stört das Hin und Her. Und es ist ärgerlich, dass sie ihre Zick-Zack-Politik zur Euro-Rettung immer wieder als ‚alternativlos‘ anpreist, was natürlich nicht zutrifft. Erreicht hat ihre Politik bisher, dass die Schulden in den betroffenen Staaten weiter steigen, dass die Arbeitslosigkeit gerade bei jungen Menschen in vielen europäischen Ländern furchterregend ansteigt und dass immer mehr Menschen in Armut fallen. Damit sinkt das Vertrauen der Menschen dort, aber auch bei uns in die Euro-Währung, in Europa und letztlich in die Demokratie – das alles ist verhängnisvoll. Ich hoffe, Frau Merkel nutzt ihre Macht endlich einmal dazu, die Banken und Finanzmärkte mehr zu regulieren und diejenigen an der Finanzierung und damit der Überwindung der Banken- und Schuldenkrise zu beteiligen, die sie mit verursacht und erhebliche Gewinne gemacht haben.“

Herta Däubler-Gmelin ist Prozessbevollmächtigte der über 37 000 Bürgerinnen und Bürger, die mit der Bürgerinitiative „Mehr Demokratie“ und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen Verfassungsbeschwerden beim Karlsruher Bundesverfassungsgericht gegen den Fiskalpakt und den ständigen Rettungsschirm ESM eingelegt haben. Diese Bürgerinnen und Bürger halten die weitere Übertragung von demokratischen Rechten auf die EU nur dann für zulässig, wenn zuvor die Bevölkerung auch bei uns in einem Volks-

entscheid dazu Stellung nehmen konnte. „Den Verfassungsbeschwerden haben die Richter nicht stattgegeben“, so Herta Däubler-Gmelin. „Karlsruhe hat mit dieser Entscheidung seine bisherige Rechtsprechung zu Fragen der Europäischen Integration verlassen. Die Richter standen wohl stark unter Druck, auch unter dem der Bundesregierung. Wir halten unsere Forderung nach Volksabstimmungen jedoch aufrecht, weil wir davon überzeugt sind, dass Europa auf Dauer nur bestehen kann, wenn die Bürgerinnen und Bürger Europas es auch wollen. Ich bin sehr für Europa, weil Deutschland ohne Europa weder Frieden noch Wohlstand haben kann. Aber wir brauchen eine breitere Legitimationsgrundlage, am besten durch Schaffung eines neuen Grundgesetzartikels, der europäische Volksabstimmungen ausdrücklich zulässt; eine solche Vorschrift würde gut an den ‚Europa-Artikel‘ des Art. 23 GG angeschlossen werden können.“ Außerdem müsse das Europäische Parlament mehr Gestaltungs- und Kontrollrechte bekommen. „Es geht einfach nicht länger, dass Banken und Regierungen bestimmen, was in Europa gelten soll; das zerstört die auf Demokratie ausgerichtete europäische Architektur vollständig.“

Befragt, wie Macht in der Politik Personen verändere, sagt sie „das ist so, ich habe häufig festgestellt, wie schnell eine Machtposition Menschen verändert, übrigens Männer schneller und weitreichender als Frauen, aber eben auch Frauen in Führungspositionen. Wer eine normale Familie oder Freunde hat, wird dagegen eher gefeit sein, denn beide holen ihn oder sie schnell wieder auf den Boden zurück. Das ist gut“. Den Unterschied zwischen Männern und Frauen erklärt sie so: „Männer im Bundestag, gar Minister haben meist zu Hause ihre Frau, die umsichtig alles regelt, was mit Familie, Nachbarn und dem normalen Alltag zu tun hat. Wenn der Abgeordnete nach Hause kommt, ist alles perfekt. Die Kinder sieht er nur noch gewaschen und im Bett, mit Telefon- und Müllgebühren oder ähnlichen Kleinigkeiten hat er nichts zu tun. Wenn Nachbarn oder Lehrer etwas wollen, sagen sie das der Frau, ihn erreicht das alles nur gefiltert. Kritik erreicht ihn meist überhaupt nicht, weil man mächtigen Männern so etwas nicht direkt sagt. Bei Frauen in der Politik ist das anders. Die können sich nicht nur auf ihre politische Arbeit konzentrieren; von Frauen in der Politik wird ganz selbstverständlich erwartet, dass sie zu Hause voll für Familie und Nachbarn da sind. Und die Schwellenangst von normalen Bürgern

ihnen gegenüber ist auch viel geringer als bei Männern. Frauen erfahren deshalb viel mehr als Männer, die bekommen Kritisches oft nicht mit und leben dann in dem Wahn, alle seien zufrieden.“

Herta Däubler-Gmelin hält das für falsch und sieht das als Ausdruck, dass viele Politiker heute kaum mehr richtigen Kontakt zu Menschen haben. Natürlich würde sie sich auch mehr „Mut vor Fürstenthronen“ wünschen. Sie bedauert jedoch auch die Haltung mancher führender Politiker ihrer Generation. „Manche von denen vermitteln den Eindruck, sie wüssten alles, weil sie in eine bestimmte Position gewählt wurden. Sie vertragen keine Kritik und keinen Widerspruch in der Sache, sondern halten das für persönliche Illoyalität. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. In der SPD-Führung konnte ich diesen Trend seit Beginn der 90er-Jahre beobachten – das wirkt sich sehr schädlich auf das Diskussionsverhalten in einer Partei, schädlich auf deren Politik und vor allem auch schädlich auf die Attraktivität einer Partei für intelligente Bürgerinnen und Bürger aus. Auch in anderen Parteien gibt es diese Entwicklung.“ Sie glaubt, dass „Politiker in Machtpositionen sich Leute holen sollten,



Als junge Abgeordnete in den 80er-Jahren im Bundestag.

die erfahren und klug sind und kein Problem damit haben, in der Sache zu widersprechen, wenn das angemessen ist. Das sollten sie fördern. Viele, besonders aber viele der männlichen Politiker sind heute jedoch entweder zu eitel oder zu unsicher. Deshalb erwarten sie ständig Zustimmung und können Widerspruch nicht ertragen. Das fördert Schleimer und Anpasser in der Politik und vertreibt intelligente Leute, die nicht bereit dazu sind, ihren Verstand am Eingang zum Parteihaus abzugeben“. Zum Nachteil der Politik und ihrer Glaubwürdigkeit.

Als es im November 1991 um die Nachfolge von Hans-Jochen Vogel als SPD-Fraktionsvorsitzenden ging, hat Herta Däubler-Gmelin kandidiert und – nach großem Vorsprung im ersten Wahlgang vor ihren beiden Mitbewerbern – im zweiten Wahlgang verloren, weil Rudolf Dreßler zugunsten von Ulrich Klose auf seine Kandidatur verzichtete. „Das tat weh. So was steckt man zwar weg, aber nicht gern“, sagt sie heute.

Ein anderer Fall war 1993 die Niederlage bei der Wahl zur Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Dazu war sie vorgeschlagen worden und sagt rückblickend „ich hätte das gerne gemacht, wohl wissend, dass das meinen Abschied aus der aktiven Politik bedeutet hätte“. Die CDU/CSU hat das jedoch verhindert. Wolfgang Schäuble, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, „erklärte, ich sei zu politisch. Das war natürlich ein Witz, schließlich hat die CDU mit dem früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Gebhard Müller, dem als Bundesinnenminister zu Notstandszeiten sehr umstrittenen Ernst Benda und dem Kohl-Vertrauten und Minister Roman Herzog, aber auch gegenwärtig mit dem früheren saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller lauter aktive Parteipolitiker nominiert, allerdings Männer und Christdemokraten!“. Als Folge dieser parteipolitischen Querelen verzichtete Frau Däubler-Gmelin auf die Kandidatur. „Richtig, da musste ich Schäuble nachgeben. Ich habe das getan, damit das Amt keinen Schaden nimmt und weil ich halt erfahren habe, dass man nach einer Zeit der Trauer gut weiterleben kann, wenn einem die Tür mit Knall vor der Nase zugeschlagen wird. Irgendwo tut sich dann eine andere Möglichkeit auf.“ Bei ihr hat sich das bewahrheitet. Sie hatte danach weitere wichtige Positionen inne und wurde fünf Jahre später Bundesjustizministerin. „Das hat Herrn Schäuble

sicher nicht gefallen.“ Insgesamt wolle sie allerdings nicht mit ihm tauschen, „und seine eigenen Leute sind ja auch schäbig mit ihm umgegangen“.

Nochmals auf ihre Anfänge angesprochen: „Obwohl ich nicht direkt schüchtern war, konnte ich anfangs nicht frei reden. Das habe ich mühsam lernen müssen. Als ich als 18-Jährige für das Studentenparlament kandidierte und wie erwähnt zunächst kommissarisch das Sozialreferat übernommen hatte, wurde ich einmal wegen eines mir damals nicht bekannten Zwischenfalls in einem Wohnheim im Konvent heftig angegriffen. Einige Studentenvertreter haben mich Neuling bis auf die Knochen gequält; ich stand da am Rednerpult und war völlig hilflos. Das war ziemlich schlimm. Aber dann hatte ich genug, überwand meine Hilflosigkeit und habe die aufgefordert, erstmal zu sagen, was genau vorgefallen sei, denn ich sei neu und könne das noch nicht wissen. Das hat die ganz schön verblüfft, und wir kamen dann in eine gute Diskussion. Damals habe ich gelernt, dass man einen Weg finden muss und kann, wenn man seine Schrecksekunde überwindet.“ Frei zu reden kann man lernen, das hat sie auch jüngeren Kolleginnen immer wieder gesagt - es muss aber nicht durch ein so drastisches Erlebnis sein, durch das sie es gelernt hat. Seit den Schulungs-Wochenenden mit baden-württembergischen Sozialdemokratinnen Anfang der 70er-Jahre bis heute hat sie immer wieder erfahren, dass Frauen in der Politik von Journalisten anders gesehen und anders behandelt werden als männliche Politiker: „Frauen in der Politik werden mehr nach ihrem Äußeren beurteilt; außerdem halten viele Journalisten auch heute noch Frauen für machtpolitisch weniger wichtig und schon deshalb vernachlässigenswert, zumal viele dieser Journalisten sich auch für Sachpolitik nur wenig interessieren. Das dauert ihnen zu lang und ist zu kompliziert.“ Natürlich gebe es auch die hervorragenden Journalisten, auf die das nicht zutreffe. Sie habe sich jedoch anfangs häufig darüber geärgert, wie dreist Vorurteile gegenüber Frauen weitergegeben wurden und werden. Angehenden Politikerinnen rät sie deshalb, unterscheiden zu lernen „zwischen berechtigter Kritik, die man sich immer zu Herzen nehmen sollte, und den Vorurteilen vieler Journalisten gegenüber Frauen in der Politik“. Sogar Angela Merkel müsse sich noch heute dumme Bemerkungen über ihre zu kurzen und zu engen Jacken gefallen lassen, „obwohl keiner dieser Journalisten die Schmerzbäuche männlicher Kollegen für kommentierenswert hält“.

Den ihr durch eine verzerrende Journalistenäußerung zugeschriebenen Bush-Hitler-Vergleich im Vorfeld der Bundestagswahlen 2002, in dessen Folge die Justizministerin am Wahltag bekannt gab, Gerhard Schröders zweitem Bundeskabinett nicht mehr angehören zu wollen, bezeichnet sie als eine Journalistenente. „Unmittelbar vor der Wahl 2002 kam es zu einem richtigen Journalisten-Hype.“ Sie hatte zwar den Vorwurf, den damaligen US-Präsidenten George W. Bush mit Adolf Hitler gleichgestellt zu haben, energisch zurückgewiesen. „Die Behauptungen eines Journalisten, der mit der Hilfe von Freunden seine Chance sah, ins Fernsehen zu kommen, bei dem internen Mittagessen zwischen 13 Teilnehmern und mir aber gar nicht dabei war, waren abwegig und verleumderisch.“ Allerdings sei dieses miese Wahlkampfmanöver aufgrund der Kürze der Zeit nicht mehr ganz korrigierbar gewesen. „Keiner der übrigen Journalisten hat sich die Mühe gemacht, wirklich zu recherchieren und die anwesenden Teilnehmer zu befragen. Als dann der eitle Journalist genau das behauptet hatte, musste er das auf Anraten seines Anwalts ganz schnell widerrufen, aber nur n-tv hat das in der Nacht vom Samstag auf den Wahlsonntag noch gemeldet.“ Am Morgen des Wahlsonntags habe Bundeskanzler Schröder in einem Telefongespräch mit ihr dann angekündigt, sein Regierungssprecher werde eine entsprechende Pressemeldung herausgeben. „Die kam aber nicht. Dann hat mein Anwalt beim damaligen Kanzleramtsminister angerufen und von dem erfahren, man habe dort jetzt andere Sorgen, weil die eingegangenen Vorausmeldungen befürchten ließen, die SPD habe die Wahl verloren. Dann haben sie als Schuldzuweisung von der ‚Däubler-Delle‘ gesprochen. Dieses schäbige Verhalten hat dann zu meinem Entschluss geführt, nicht mehr in Schröders Kabinett gehen zu wollen. Das war dem ganz offensichtlich sehr recht. Er hatte eine unbequeme Kollegin weniger.“ Weh getan habe ihr, so sagt sie noch heute, dass es damals auch eine Reihe von Kollegen gegeben habe, die sich feige weggedrückt oder sie – ohne vorher anzurufen und zu fragen, was eigentlich vorgefallen sei – sogar kritisiert hätten. „Einige von denen hatte ich vorher als meine Freunde betrachtet. Das war dann beendet. Allerdings haben sich auch viele Freunde sehr anständig verhalten. Auch solche aus anderen Parteien. Das zählt bis heute.“ Aus heutiger Sicht halte sie es für gut, nicht in Schröders zweitem Kabinett gewesen zu sein, „weil ich wahrscheinlich ständig zusätzliche Auseinandersetzungen hätte durchstehen müssen.“

Vieles von dem, was während dieser Zeit beschlossen wurde, habe ich für falsch gehalten und das auch gesagt. Manche Fehlentwicklung auf dem Arbeitsmarkt heute muss man darauf zurückführen. Auch die SPD leidet noch heute darunter“.

Herta Däubler-Gmelin hat 2009 nicht mehr kandidiert „Es gibt ein Leben nach der Parteipolitik“, vermerkt sie und lacht. Über interessante Arbeit kann sie sich nicht beklagen. Im Gegenteil, „ich habe immer noch zu wenig Zeit für Enkel und Hobbies“. Als Rechtsanwältin war sie inzwischen mit der Aufarbeitung der Datenskandale bei der Deutschen Bahn und bei der Telekom befasst; als Prozessvertreterin betreut sie die Verfassungsbeschwerden der mehr als 37 000 Bürgerinnen und Bürger gegen den ständigen Rettungsschirm ESM und gegen den Fiskalpakt. Sie ist als Tarifschlichterin, Schiedsstellenvorsitzende und Hochschullehrerin (u.a. Freie Universität, RWTH Aachen, Tongji – Universität Shanghai) unterwegs und berät die EU-Kommission zu Fragen der Freiheit und Pluralität der Medien.

Herta Däubler-Gmelin ist weder auf den Mund gefallen noch um eine Antwort verlegen. Einige Journalisten haben sie daher auch schon mal als „schwäbische Schwertgösch“ bezeichnet. Heute, so sagt sie, könne sie „mit dieser Bezeichnung leben, früher habe ich mich darüber geärgert, weil sie natürlich nicht freundlich gemeint war“. Nachdem sie jedoch erfahren habe, dass Ministerpräsident Lothar Späth lang vor ihr so bezeichnet worden war, „habe ich das Ganze eher komisch gefunden“.